



Bundestags- brief

Nr. 157 • Die Woche im Bundestag • 17.10.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Verantwortungsvoller Umgang mit der NS-Zeit: Der Opfer gedenken und sich den Folgen stellen

Neil MacGregor, Direktor des British Museum in London, hat anlässlich der Eröffnung der großen Deutschland-Ausstellung „Germany: memories of a nation“ klar gemacht, welche Zäsur die NS-Terrorherrschaft für unser Land darstellt: „Es steht außer Frage, dass die deutsche Geschichte nur durch diesen Filter [der Hitler-Zeit] betrachtet werden kann.“ So beschrieb es der bedeutende Historiker in dieser Woche in einem Interview mit der FAZ.

Der Nationalsozialismus war ein entsetzlicher Zivilisationsbruch, gerade für Deutschland, das sich selbst bis dahin als Kulturnation oder gar „Land der Dichter und Denker“ sah und auch im Ausland häufig so wahrgenommen wurde.

Umso wichtiger ist mir, dafür zu sorgen, dass wir die bis heute spürbaren Folgen von Terror und Verfolgung nicht ignorieren, sondern uns ihnen immer wieder verantwortungsbewusst stellen.

Ich habe mich deshalb sehr gefreut, dass am vergangenen Freitag die Gründung des „Deutschen Zentrums Kulturgutverluste“ beschlossen werden konnte. Der Bund, alle Länder und die kommunalen Spitzenverbände haben sich über die Einrichtung des Zentrums als Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Magdeburg verständigt. Noch in diesem Jahr soll das Zentrum starten und wird dabei mit mindestens 4 Millionen Euro jährlich vom Bund unterstützt. Ab dem Jahr 2015 werden für die Provenienzrecherche 6 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Mit diesen Mitteln wird es möglich, die Anstrengungen im Bereich der Aufarbeitung des nationalsozialistischen Kunstraubs in Deutschland zu bündeln und zu verstärken. Das „Deutsche Zentrum Kulturgutverluste“ wird öffentliche Einrichtungen bei der Suche nach NS-Raubkunst beraten und finanziell unterstützen.

Zusätzlich wird ein neues Angebot für Privatsammler und Privatmuseen entwickelt, die freiwillig den „Washingtoner Prinzipien“ folgen.

Auf diese Weise zeigt Deutschland, dass es auch knapp 70 Jahre nach Ende der NS-Terrorherrschaft keinen Schlussstrich zieht und bereit ist, die Verantwortung für die Folgen der NS-Zeit zu tragen.

Gleichzeitig bleibt es uns auch ein Anliegen, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wach zu halten. Am vergangenen Mittwoch jährte sich der Beginn der Verschleppung der Berliner Juden zum 73. Mal.

Es war für mich selbstverständlich, an der Gedenkveranstaltung am S-Bahnhof Grunewald, einem zentralen Ort des Transportes der Berliner Juden in die Vernichtungslager im Osten, teilzunehmen.

Mehr als 50.000 Berlinerinnen und Berliner, deren einziges „Vergehen“ darin bestand, jüdischen Glaubens zu sein, wurden allein in der Hauptstadt zwischen 1941 und 1945 Opfer des barbarischen und unmenschlichen Vernichtungswillens der Nationalsozialisten.

Es gibt immer weniger Zeitzeugen, die über ihre Erlebnisse im Nationalsozialismus selbst berichten können. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Erinnerung an diese Menschen und an ihr Schicksal aufrecht zu erhalten.

Denn es sind ihre Lebensgeschichten, die die falschen Behauptungen von Revisionisten und Holocaust-Leugnern entlarven und alle „Nachgeborenen“ eindringlich mahnen, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeit sind.

Internationale Lage ernst nehmen, aber besonnen reagieren.

Wir leben in bewegten und schwierigen Zeiten. Viele Menschen sind nicht nur wegen der Ereignisse in Nahost und der Ukraine beunruhigt, sondern auch durch die Ebola-Epidemie in Westafrika.

Der unglaublich unmenschliche Terror des sogenannten Islamischen Staates nimmt kein Ende, der Konflikt in der Ukraine scheint nur eingefroren und die Ausbreitung der Ebola-Viren ist in der globalen Welt schwer einzugrenzen.

Neben der Sorge, selbst von Terror oder Krankheit betroffen zu sein, ist auch und gerade in Deutschland das Mitgefühl groß und die Sorge um die Opfer sehr ausgeprägt. So ist es beeindruckend, wie viele Freiwillige sich für einen Ebola-Einsatz in Westafrika gemeldet haben.

In Europa nimmt Deutschland die meisten Flüchtlinge aus Syrien auf und ist das führende europäische Geberland, was die Versorgung der Flüchtlinge und Notleidenden vor Ort angeht.

Unsere humanitären Hilfen können sich sehen lassen und kommen bei den Menschen in der Ukraine, in Syrien und im Irak an. Und wir unterstützen die Kämpfer, die sich den menschenfeindlichen IS-Milizen entgegensetzen.

Krisenzeiten sind Gelegenheiten nicht nur mit Worten, sondern mit Taten zu beweisen, was die eigenen Überzeugungen wert sind. Wir stellen uns den Herausforderungen der Welt, weltweit und zu Hause.

Noch deutlicher als je zuvor erteilen wir Radikalismus und Gewalt in und aus Deutschland eine klare Abfuhr. Deutschland ist eine wehrhafte Demokratie. Toleranz und Weltoffenheit sollte niemand als Schwäche missverstehen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bringt sich aktiv mit Vorschlägen gegen die Wiedereinreise von IS-Anhängern ein, will durch Ausreisesperren den Export von Terrorismus unterbinden und hat darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit erarbeitet.

In der Haushaltspolitik gilt: Kurs halten

Wir sehen, dass sich die konjunkturellen Aussichten vor allem wegen der unsicheren Lage in der Weltpolitik eintrüben.

Natürlich bleiben Sanktionen nicht ohne Folgen für unsere exportorientierte Wirtschaft. Die Sanktionen gegen Russland sind politisch gewollt wegen dessen völkerrechtswidrigen Vorgehens auf der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine. Sie sind eine klare Antwort der EU und haben natürlich auch Auswirkungen.

Deswegen ist für uns klar: Wir stehen zum Koalitionsvertrag. Jetzt ist nicht die Zeit, die Wirtschaft zu verunsichern und Arbeitsplätze durch neue Belastungen zu gefährden.

Als Partei mit wirtschaftspolitischem Sachverstand, als Partei des Mittelstandes, steht die Union für verlässliche Rahmenbedingungen und die Sicherung der Grundlagen der deutschen Wettbewerbsfähigkeit.

Es geht jetzt um Vertrauen in die Zukunft und um die notwendigen Investitionen. Was wir als Politik dazu beitragen können, wird am besten durch konkrete Projekte deutlich: Die Tarifeinheit kommt, die Rentenversicherungsbeiträge werden abgesenkt, Steuererhöhungen erteilen wir eine klare Absage und wir bekennen uns klar zum ausgeglichenen Haushalt.

Pflege zu Hause stärken

In dieser Wahlperiode werden wir mit zwei Gesetzen die Pflege deutlich stärken. Wir wissen: Die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken wird weiter ansteigen. Dafür sorgen wir schon heute vor.

Die Verbesserungen des ersten Pflegestärkungsgesetzes treten bereits zum 1. Januar 2015 in Kraft. Es gibt spürbar mehr Geld. Vorgesehen ist eine Anhebung der Leistungen um vier Prozent.

Wir erhöhen die gesamten Ausgaben für Pflege um ein Viertel. Eine solche Steigerung der Leistungen hat es in der Sozialgeschichte noch nicht gegeben.

Damit ermöglichen wir echte Betreuung. Das bedeutet, dass Angehörige nicht nur beim Waschen und Pflegen entlastet werden. Es wird auch Entlastung durch Betreuung geschaffen.

Vor allem ist wichtig, dass die zeitlich befristete vollstationäre Versorgung und die vorübergehende Pflege und Betreuung anstelle der Angehörigen künftig besser kombinierbar sind.

Wer ambulante Pflegeleistungen und/oder Pflegegeld bekommt, kann in Zukunft auch Tages- und Nachtpflege voll in Anspruch nehmen.

Die Erhöhung der Zahl der Betreuungskräfte wird zu einer spürbaren Entlastung in den Pflegeheimen führen. In einem zweiten Gesetz sollen weitere Schritte folgen, die Demenz noch stärker berücksichtigen.

Von der zum 1. Januar 2015 geplanten Beitragssatzerhöhung wird ein Drittel, nämlich 1,2 Milliarden Euro jährlich, in einem Pflegevorsorgefonds angelegt. In diesem soll über zwei Jahrzehnte angespart werden, um dann ab 2035, wenn die Babyboomer-Generation der 60er-Jahre in die Jahre kommt, künftige Beitragszahler zu entlasten.

Um den Fonds vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, wird er bei der Deutschen Bundesbank verwaltet.

Kitas legen Wert auf Fachkräfte

Zum 1. März 2014 wurden in deutschen Kitas rund 561.600 Kinder unter drei Jahren betreut, was einem Plus von 11,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die steigenden Betreuungszahlen schlagen sich auch in den Personaldaten nieder: In den 53.415 Einrichtungen waren 527.400 Personen als pädagogisches Personal sowie als Leitungs- und Verwaltungspersonal beschäftigt - ein Anstieg von 6,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Den Kern des Betreuungspersonals bilden Erzieherinnen und Erzieher mit erfolgreich abgeschlossener Ausbildung (67 Prozent), gefolgt von Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern (12 Prozent).

Die begonnene Akademisierung des Berufsfeldes etwa durch neu eingerichtete Studiengänge zum staatlich anerkannten Kindheitspädagogen hat sich noch nicht in den Beschäftigungszahlen niedergeschlagen (5,3 Prozent).

Ebenso wenig kann davon gesprochen werden, dass die Kindertageseinrichtungen wegen der Personalknappheit verstärkt nicht qualifiziertes Personal einstellen würden: Dessen Anteil war mit 4,7 Prozent nur geringfügig höher als im Vorjahr.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

60 Jahre Kindergeld

Am 14. Oktober 1954 wurde auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion vom Deutschen Bundestag das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen beschlossen, während Entwürfe von SPD und FDP verworfen wurden.

Familien erhielten so für das dritte und jedes weitere Kind monatlich 25 DM. Von 1961 an bekamen Familien auch für das zweite Kind eine Leistung, seit 1975 wird Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt.

Die bedeutendste Erhöhung des Kindergelds wurde übrigens von einer christlich-liberalen Regierungskoalition im Jahr 1996 beschlossen.

Im Zusammenhang mit der Berücksichtigung des steuerlichen Existenzminimums wurde der Betrag für das erste Kind von 70 auf 200 DM angehoben, für das zweite von 130 auf 200 DM und für das dritte schließlich von 220 auf 300 DM.

Die jährlichen Ausgaben für das Kindergeld lagen vor 1996 bei umgerechnet etwa 9 Milliarden Euro für insgesamt 14 Millionen Kinder und stiegen im Zuge der Reform auf rund 20 Milliarden Euro an.

Im Jahr 2012 wurden dann bereits rund 34 Milliarden Euro für insgesamt 14,5 Millionen Kinder gezahlt.

(Quellen: taz, Plenarprotokolle, Statistisches Bundesamt)